

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Fringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Inserateanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 210.

Dresden, Montag den 9. September 1918.

29. Jahrg.

## Die neue deutsche Front.

**Gerüchte über Wechsel in der Reichsleitung. — Troeltstra über den gescheiterten Friedensversuch. — Der Kaiser und Skoropadski. — Blutige Vergeltung für Uriski. Eine neue Situation.**

Es muß in der inneren Politik Deutschlands endlich zur Mäßigung kommen. Seit dem Abgang des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg leben wir in einer Zeit der Unsicherheit und Schwankungen. Die Mehrheit der deutschen Volksparteien hat zwar längst ihre Richtlinien für die Friedensfrage sowie für die innere Reform aufgestellt, aber dank der unvollkommenen Verfassungszustände des Reiches vermochte sich die Politik der Reichsmehrheit niemals voll auszuwirken. Die Regierung des Grafen Hertling hatte sich zu der Politik der Reichsmehrheit bekannt. Aber einseitig schien der konservative gerichtete Reichskanzler selbst nicht mit dem Herzen bei dieser Politik zu sein. Andererseits unterlag er und seine Mitarbeiter allmählich den mächtigen Einflüssen der Schwerindustrie, Junkertum und militärischen Gruppen, die zwar im deutschen Reichstag wenig zu sagen haben, aber bisher im preussischen Klassenparlament eine ungemein starke Position besaßen.

So wurde die preussische Wahlrechtsfrage wieder und wieder in äbster Weise durchkreuzt und verwickelt. So wurden die Friedensbestrebungen des Reichstags zur Erfolglosigkeit verurteilt. So konnten die Alldeutschen und verwandten Eroberungsdiktatorien sich oben auf fühlen und durch ihre Siegesgelänge immer wieder den Kriegsherrn in den gegnerischen Staaten Waffen in die Hände liefern und die Verlängerung des Krieges herbeiführen. So konnte der Staatssekretär v. Kühlmann von seinem Posten vertrieben werden, weil er eine verurteilende Rede zu einem Zeitpunkt hielt, wo staatsmännliche Leute die Vernunft der Rede noch nicht begreifen konnten.

Vor der Schwelle eines fünften Kriegswinters überwinden werden soll, müsse im Deutschen Reiche Klarheit und Wahrheit geschaffen werden. Wir wissen alle, daß die Hauptursache an der endlosen Fortdauer des Völkermordens der Entente, bei ihren Regierungen liegt, die an dem Ziele der Wiederherstellung der Weltmacht festhalten und sich noch immer den Erfolg ihrer Bestrebungen von der allmählichen wirtschaftlichen Ermüdung Deutschlands verbieten. Wir wissen aber ebenso, daß die überspannten Sieges- und Kriegsgelüste, die einschneidende Krise bei uns in Deutschland verurteilen haben, die Aufrechterhaltung und Stärkung des Kriegswillens bei den Völkern draußen verursachen und so gleichfalls zur Verlängerung des Krieges beitragen. Dieses Nebelwetter der Welt geschafft werden. Das deutsche Volk will ein reines Gemischnisse haben und den Rest der Wärschuld an der Fortdauer des unmöglichen Nordens und der Kulturvernichtung von sich wälzen.

Solange die Kriegsgegner mit ihrer Hebermacht an Truppen und technischem Material gegen unsre Front im Westen anstürmen, ist es unte selbstverständliche Aufgabe, diesen Ansturm aufzuhalten und zunichte zu machen. Vielleicht gewinnen unsre Heerführer auch die Möglichkeit, von neuem zur Offensive überzugehen. Aber gerade auch in diesem Falle muß erst recht volle Selbstbestimmung und Klarheit über das Erreichbare an sich greifen. Es ist die höchste Pflicht des deutschen Volkes, sich endlich von den Raffädeln der ewig unüberfesslichen Illusionspolitik loszulösen und zu einer völlig eindeutigen Politik des Verständigungs- Friedens durchzuringen. Das deutsche Volk braucht eine Regierung, die einer solchen Politik unzweifelhaften Ausdruck gibt und ihre Durchführung mit mannhafter Entschlossenheit betreibt.

Das Leipziger Tageblatt bringt aus Wien die Meldung, man spreche dort davon, daß sich in den leitenden Stellen sowohl in Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn wichtige Veränderungen vollziehen sollen. In Berlin werde Graf Hertling von seinem Posten scheiden und durch Dr. Solff ersetzt werden. Weiter verlautete in Wiener diplomatischen Kreisen, daß demnächst die Abgeordneten Erzberger und Scheidemann als Vertreter ihrer Parteien in die Regierung eintreten sollen. — Die Börsliche Zeitung bemerkt hierzu, daß vermutlich Ende dieser Woche der interaktionelle Ausschuss des Reichstags zusammenzutreten wird, um über die Lage zu beraten. Man kann wohl annehmen, daß bis zum Beginn der Beratungen des Hauptausschusses, die für Anfang Oktober geplant sind, die Lage sich dann geklärt haben wird.

Wir wissen nicht, inwiefern an diesen Meldungen Wahres zu bemerken ist es jedenfalls, daß auch in reichsdeutschen, rechtsgerichteten Blättern ähnliche Mitteilungen über einen kommenden Regierungswechsel und über die Gefahren des parlamentarischen Regierungssystems' angstvoll verbreitet werden. Aus „sehr guten Quellen“ soll die Nachricht herühren, daß die Abgeordneten Erzberger und Konrad Hauemann sich neu auf den Kriegspfad begeben hätten, um das parlamentarische System durchzuführen und so die Herrschaft

des jetzigen Reichstags über die Regierungsentwürfe fest zu verankern.

Die Sozialdemokratie hat nach dem Abgange von Michaelis die Kanzlerschaft des Herrn v. Hertling keineswegs mit Freude begrüßt. Die Befürchtung, die wir hatten, daß Hertling nicht der rechte Mann sei, um die alldeutsche Kriegszieldemokratie und die innerpolitische Reaktion zu überwinden, hat sich nur allmählich als berechtigt herausgestellt. Aber bisher hat das Zentrum eifervoll seine schützende Hand vor seinen Reichskanzler gehoben. Ob nun auch im Zentrum sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß eine längere, frische Kraft an die oberste Stelle der Reichsleitung gehört? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion treibt ihre Politik nicht aus Neigung oder Abneigung zu diesen oder jenen Personen und ebensowenig herrscht in ihr irgendein Ehrgeiz, selbst in der Regierung zu sitzen. Uns gilt allein die Sache, und wenn Graf Hertling imstande wäre, der Sache, zu der er sich mit Worten bekannnt hat, durch die Tat gerecht zu werden, so würden wir ihm keinerlei Schwierigkeiten bereiten. Es ist jedoch äußerst zweifelhaft, ob Hertling dazu noch die Kraft besitzt. Daher kann es sehr wohl möglich sein, daß die Verhältnisse bald zu einer Neuregelung in der Reichsleitung drängen.

Was die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer neuen Reichsleitung angeht, so haben wir unter Meinung dieser schon wiederholt ausgesprochen. Wir wünschen diese Teilnahme nicht, sofern und solange es sich um eine Regierung handelt, die, wie die jetzige, keine innere Einheitlichkeit besitzt und der Energie zur Durchführung ihres Programms ermangelt. Für die Handlungen einer solchen Regierung wollen wir unter keinen Umständen Verantwortung übernehmen. Ein andres wäre es, wenn die Not der Zeit dazu führt, daß die Verantwortung unter Regierungsbefähigung überwinden und eine Reichsleitung geschaffen werden soll, die nach innen und nach außen die Politik der Reichsmehrheit in den Hauptfragen der Gegenwart mit fester Hand zur Durchführung bringt. Wenn es darum geht, durch Beilegung aller bisherigen Zweideutigkeiten den Frieden anzubahnen und andererseits die staatsbürgerliche Gleichberechtigung für unser Volk zur Wahrheit zu machen, dann kann und wird die Sozialdemokratie sich der Verantwortung nicht entziehen. Für einen sozialdemokratischen Konzeptionskandidaten in der Regierung bedanken wir uns höchlich; aber wenn unsre Partei durch ihre Vertreter dazu mitwirken kann, daß wir endlich bessere Ordnung im Innern und Ausmaß auf das Ende des Kriegeslebens bekommen, so wäre eine solche Mitwirkung unerläßliche Pflicht.

In einem Artikel der Preussischen Jahrbücher rechnet Professor Hans Delbrück scharf mit den Alldeutschen und mit der Parteipolitik des Admirals v. Tirpitz ab. Er schildert, wie alle Friedensbestrebungen durch alldeutsche Treibeisereien durchkreuzt wurden, und kommt zu dem Schluss, daß weder die Ehrlichkeit unsres Friedenswillens und der Achtung vor den Rechten kleinerer Nationen zu verbürgen. Freilich, legt Delbrück hinzu, „ehe nicht Feldmarschall Hindenburg die Westfront wieder festgemacht hat, ist politisch nichts zu tun“. Dann aber müsse sofort die politische Aktion einsetzten. Uns scheint, als sei die Stunde zur politischen Aktion gekommen!

### Neue Weltordnung.

Ein neuer Friedensversuch des Grafen Czernin.

Wien, 9. September.

Der frühere Minister des Äußeren Graf Czernin veröffentlichte in der Neuen Freien Presse einen Artikel über Abrüstung und

nach mehrfach vergeblichen Teilangriffen gegen Abend zum geschlossenen Angriff vor; er wurde auf der ganzen Front, teilweise im Nebel und durch Gegenhöhe, blutig abgewiesen. Zwischen Aisne und Vesle scheiterten Teilangriffe, in der Champagne Teilvorstöße des Gegners.

Aus einem englischen Geschwader, das zum Angriff auf Mannheim vorrückte, wurden fünf Flugzeuge abgeschossen.

Am August wurden an den deutschen Fronten 565 feindliche Flugzeuge, davon 62 durch unsre Flugabwehrgeschäfte, und 13 Zeppelinballone abgeschossen. Hieran sind 21 Flugzeuge in unserm Besitz. Der Rest ist jenseits der feindlichen Linien erkennbar abgefliegen.

Wir haben im Kampfe 143 Flugzeuge und 86 Zeppelinballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Friedensgerichte, in dem er ausführt: Die ausgezeichnete Rede Dr. Solff beweist, daß auch an maßgebender Stelle Berlins der Gedanke Raum gewinnt, daß dieser Krieg eine neue Weltordnung gebären wird. Augenblicklich sind die Verhandlungen in einem Siegestaumel. Die Enttäuschung und der Augenweiner werden kommen, so sicher, wie am Abend die Sonne untergeht. Aber dann dürfen wir nicht wieder von dem Verkündigungsstreiben ablassen. Laßt werden wir uns so lange in diesem Kriege herumbecken, bis wir alle, Freund und Feind, zugrunde gegangen sind. Darüber dürfen wir und jedenfalls keiner Zaudern hingeben, daß der Widerstand, dem Gedanken der Abrüstung auch nur prinzipiell näherzutreten, der härteste Ballen ist, der das Friedentor noch verperrt, und ich halte diesen Widerstand daher für den schwersten kriegsverlängernden Fehler, von welcher Seite er immer kommt.

Die in England und Frankreich heute stehenden Männer wollen die Vernichtung der Zentralmächte. Sie wollen den Siegfrieden. Aber ich bin ebenso überzeugt und darauf kommt es an, daß es ihnen nur darum gelinzt, den Kriegswillen der Massen lebendig zu erhalten, weil sie denselben die Idee der Welt herrschaftspolizei mit Erfolg nutzieren. Je gewaltiger die deutschen Siege sind, je größer keine militärischen Erfolge, desto größer wird die englische Verzagtheit vor dem weiteren Ausbau der deutschen Armee. Unterliegt wird diese durch das Siegesgeschrei der Nationalisten, die nach jedem Sieg erklären, daß sie keinen Verständigungsfrieden mehr wollen. Aber diese Männer sind nicht Deutsch-land. Das wirkliche Deutschland will ebenso wie wir einen ehrenvollen Frieden. Es will keine Welt herrschaft, keinen weiteren Krieg und keine Unterdrückung fremder Völker, und dieses Deutschland ist unter unzertrennlicher Bundesgenosse bis zum guten oder schlechten Ende. Euro, Bundespflicht und Selbsthaltungstrieb erfordern dies. Falsch Deutschland haben wir unser Wort verplündert, und wir werden es halten.

Da maßgebende Stellen des Berliner Kabinetts sich heute offenbar zu dem Gedanken einer neuen Weltordnung bekennen und da, wie ich bereits, auch unser Minister des Äußeren im Prinzip nicht ablehnend gegenübersteht, so liegt nichts im Wege, daß die Mittelmächte die Grundprinzipien dieses neuen Weltordnung ausarbeiten und damit vor die Welt treten. Vom Her der Donau aus sollte der Ruf in die Welt erschallen: Wacht auf! Wacht auf! aus diesen bösen Träumen von Blut und Gewalt! Eine neue, eine bessere Zukunft soll geschaffen werden. Der Krieg als Mittel der Politik soll bekämpft werden. Der Tag wird kommen, an dem Millionen in allen Ländern diesen Ruf wiederholen werden.

### Ein gescheiterter Friedensversuch.

Ueber einen gescheiterten Friedensversuch, dessen der holländische Genosse Troeltstra kürzlich in einer Unterredung Erwähnung tat und mit dem sich im Anschluß daran die Schweizer Mäler lebhaft beschäftigten, berichtet die Presse der Rechten ungehörige Aufklärung. Wir sind so schreibt der Vorwärts, fern bereit, sie zu geben. Zunächst sei mitgeteilt, was Genosse Troeltstra in jener Unterredung berichtet hat. Der bekannte holländische Friedensfreund sagte:

Ich weiß nicht, ob und inwiefern England weiß, was im Januar d. J. in der Schweiz vorgegangen ist. Wie ich bemerke, hat Herr Hauemann, der Führer der fortschrittlichen Volkspartei Deutschlands, diese Angelegenheit jüngst in einem Artikel geteilt. Wie ich bestimmt und sicher weiß, hat es sich dabei um einen Versuch von den drei deutschen Reichsparteien im Helvetien behandelt, bevor noch der Friede von Billaus-Preß geschlossen war und ungedruckt der Tatsache, daß die führenden Generale einen weiteren Eingreifen des Reichstags in